

Anlässlich der Entwicklung von Leitlinien für Bürgerbeteiligung in Heidelberg:

Gedanken zu einer kommunale (Entwicklungs-)Politik, die auf gemeinschaftliche (Entscheidungs-)Prozesse setzt um möglichst viele Menschen einzubinden und „mitzunehmen“

ALLGEMEIN

- | | |
|---|---|
| <ul style="list-style-type: none"> • Wenn von „Bürgerbeteiligung“ die Rede ist, WER ist dann eigentlich mit „Bürger“ gemeint? <ul style="list-style-type: none"> > <i>Gilt eine Räumliche Begrenzung?</i> – Nur der Kern der Stadt? Alle Stadtteile? Auch angrenzende Gemeinden? > <i>Soll die Nutzung/Identifizierung mit der Stadt durch die Einzelperson eine Rolle spielen?</i> – Was ist mit Menschen, die regelmäßig Heidelberg frequentieren (z.B. täglich zur Arbeit oder wöchentlich zu Freizeitaktivitäten besuchen) und sich hier gesellschaftlich engagieren (z.B. bei Kulturveranstaltungen) > <i>Was ist mit Bewohnern, die auf kommunaler Ebene nicht wahlberechtigt sind?</i> – Kinder & Jugendliche, nicht-deutsche Staatsbürger, temporäre Bewohner (Gaststudenten/-wissenschaftler, Zweitwohnsitz), Menschen mit Sonder-Aufenthaltsgenehmigungen (wie US-Militär-Angehörige, die ein NATO-Visum haben und somit von der Meldepflicht befreit), etc. | <p>Ich persönlich wäre im aktuellen Fall „Leitlinien für BüBe in Heidelberg“ für eine möglichst weite, grundsätzliche Öffnung der Strukturen, damit möglichst alle, die „betroffen“ sind, eingebunden werden können, wenn sie es möchten.</p> |
| <ul style="list-style-type: none"> • Das Modell „Ombudsmann“ (Anlaufstelle, Sprecher für Bürger in nicht-öffentlichen Gremien) wird in verschiedenen Ländern und auf unterschiedlichen politischen Ebenen (sogar staatlich) praktiziert - könnte interessante Impulse für die Struktur in Heidelberg bieten, evtl. ein Baustein der neuen Struktur oder auch einfach Erfahrungsquelle sein. | <p>Vielleicht existieren in HD schon Strukturen/ Funktionen, die offiziell eine solche Aufgabe bekommen könnten (Stadtteilbezug)</p> |
| <ul style="list-style-type: none"> • Lässt sich das „Konsensprinzip“ in Leitlinien oder konkreteren Regeln verankern? Z.B. indem man es mindestens als Ziel/erstrebenswerte Methode zur Entscheidungsfindung festhält? | <p>Konsens ≠ Kompromiss !</p> |
| <ul style="list-style-type: none"> • Bürger auch in Umsetzung einbinden, nicht nur in Planung/Entscheidungsprozess | <p>z.B. bei Gestaltung von öffentlichem Raum</p> |
| <ul style="list-style-type: none"> • Eine zeitnahe Dokumentation dessen, was bei relevanten Veranstaltungen/Sitzungen diskutiert wurde, wie der Verlauf war, wer (welche Gruppen) sich einbrachten, Präsentationsmaterial, etc. – und nicht nur der getroffenen Entscheidungen – kann wichtig sein für das Engagement des Einzelnen. Das hat etwas mit dem Bedürfnis „gesehen zu werden“ zu tun, auch mit Transparenz, Verbindlichkeit aber auch Basis für eine gewisse Kontinuität (Erinnerungsstütze, hilft bei „neuen“ Diskussionspunkten zu überprüfen ob es wirklich etwas Neues ist). <ul style="list-style-type: none"> > Es geht nicht um möglichst hohe Detailtreue, sondern darum nachvollziehbar zu machen, was passiert ist und die Punkte, die für eine Fortführung des Prozesses zentral sind festzuhalten. Das geht auch sehr knapp, z.B. als Fotoprotokoll von visualisierten Diskussionsergebnissen > Auch ein Stichwortprotokoll der gestellten (auch offen gebliebenen) Fragen / Anregungen aus dem Publikum ist viel wert! | <p>Bei den AK-Sitzungen fand ich das recht gut gelungen, bei der Veranstaltung im DAI (20.07.2011) fehlt mir das, aber auch bei anderen Veranstaltungen zum Thema habe ich das schon vermisst und angeregt.</p> |

ZU BESTIMMTEN ASPEKTEN AUS DEM ARBEITSPAPIER

(Nummerierung entspricht jener des Arbeitspapier Nr. 2 / Anlage 4 des Protokolls zum 28.07.2011)

<p>1 Regelmäßige Öffentlichkeitsinformation: Reicht ein „Vorhabenbericht“? > Wäre es nicht auch sinnvoll, über Nicht-Vorhaben zu berichten (z.B. wenn eine pro-contra-Entscheidung negativ ausgefallen ist)? > Sollten zur Bekanntgabe einer Entscheidung/Planung nicht unbedingt auch die entsprechenden Begründungen veröffentlicht werden, damit die Entscheidung kritisch nachvollziehbar ist und bei Bedarf konstruktiv kommentiert werden kann?</p>	
<p>3, 4 WER passt sich wem an? – Müssen BüBe-Strukturen unbedingt zu den bestehenden (durch andere Einflüsse gewachsene) „Verwaltungsstrukturen“ passen, oder kann auch umgekehrt gezielt eine Annäherung/Öffnung gefördert werden?</p>	
<p>4 Gezielte Überlegung zum Thema ‚WIE kommt man an Menschen ran, die nicht von sich aus öffentlich/politisch aktiv und/oder als Interessengruppe organisiert sind?‘ - Was könnte gegenseitige Wahrnehmung und Aufeinanderzugehen hemmen? (z.B. kulturelle Unterschiede wie Sprache, traditionelle Rollen in Familienstruktur/Öffentlichkeit, gelernte „Höflichkeits-“/Zurückhaltungs-Pflicht gegenüber Direktheit/Einmischungs-Protestkultur)</p>	<p>Das ist sicherlich etwas, was man immer wieder überlegen/überprüfen kann, da sich gesellschaftliche Situation und individuelle Wahrnehmung mit der Zeit ändern (können)</p>
<p>4 Nur weil Menschen einer best. Gruppe angehören (z.B. Verein), bedeutet dies nicht, dass ihre Interessen gleich sind – WIE kann also verhindert werden, dass die Vielfalt in einer „Masse“ nicht durch strukturelle Vereinfachung verloren geht (denn das wäre ja eigentlich inhaltlich nicht zielführend).</p>	<p>Ich sehe die „Gefahr“, dass der Vereinfachungswunsch zu einer „Vertreterstruktur“ führt, in der dann best. Personen für Gruppen sprechen (sollen), wo sie das eigentlich nicht können</p>
<p>6 Verbindlichkeits-Problematik – Beschlüsse/Vereinbarungen, die „öffentlich überprüfbar“ sind, können von versch. Seiten im Auge behalten werden und somit ist auch die Verantwortung in eine gewisser Weise gesellschaftlich geteilt.</p>	<p>Konkrete „Meilensteine“ definieren (z.B. bis Datum XY soll Z getan/erreicht sein). Die können dann von allen jederzeit angesprochen/erinnert/überprüft werden!</p>
<p>9 Konstruktive, proaktive Herangehensweise fördern (dafür Raum schaffen)! > nicht nur auf Schwierigkeiten/Probleme fokussieren > nicht nur Re-Aktionen von Bürgern erwarten/fordern > Stärkung von „Mutbürgern“! (statt Abstempelung zu „Wutbürgern“)</p>	<p>z.B. könnten für bestimmte Bereiche des öffentlichen Lebens in öffentlichem Kreis Leitbilder erarbeitet werden</p>

<p>9 Austausch zwischen Gruppen, die sich mit Bürgerbeteiligung beschäftigen – hierfür eine Plattform zu schaffen/bieten, könnte <u>die</u> grundsätzliche Aufgabe der Stadt sein. Es könnte sowohl ein Forum für grundsätzliche Diskussion sein als auch „Marktplatz“ für konkrete (Projekt-)Ideen.</p> <p>> Die wachsende öffentliche Auseinandersetzung mit dem Thema und v.a. die zunehmende Anzahl von Veranstaltungen dazu (inkl. Größer werdender Aufmerksamkeit für die AK-Sitzungen) – spricht dafür, dass gerade jetzt ein guter Zeitpunkt dafür ist.</p> <p>> Wenn es eine zentrale Plattform für alle gibt, ist auch die Chance größer, dass Menschen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Kreisen sich zusammentun um an der Thematik zu arbeiten und ähnliche Ideen/Ansätze frühzeitig zusammengeführt werden können.</p> <p>> Der direkte Dialog zwischen „offiziellen“ (städtischen, öffentlich legitimierten) Institutionen und „privaten“ (an Stadtteile, einzelne Projektideen, Spezialthemen gebundene) Gruppen sollte im Sinne des angestrebten kooperativen Geistes gesucht/gefördert werden.</p>	<p>Ein zentraler „Raum“ zur Begegnung/Austausch hat meiner Meinung nach eine hohe zeitliche Priorität, um alle „Bürger“, die jetzt an die Thematik dran sind bzw. über die Aktivität um den AK daran Interesse und dazu Zugang gefunden haben (und jetzt bereit sind, sich in einem öffentlichen Diskurs zu engagieren), direkt abzuholen! Ich selbst habe in den letzten Wochen mindestens 3 „Ebenen“ wahrgenommen, auf denen parallel die gleichen Fragen erörtert wurden.</p>
--	--